

Wade zur Oberrealschule zu führen, noch lange Jahre
vergnügt ist, im Sinne der in seiner gedruckten
Antrittsrede entwickelten Gedanken in seiner Stadt zu
wirken.

Die **Erdeinfuhr-Gesellschaft** Deut-
scher Kaufmänner hat am Ende ihres 25jährigen
Bestehens am 1. April dieses Jahres Arbeiter und
Arbeiterinnen den verschiedensten Modellen als Geschenk über-
reicht.

Der **Paulus** wird unter dem 1. 4. 19 als Beauf-
tragter der Regierung beim Garnisonkommando Riesa er-
nannt.

Veronalien. Dem Ober-Postinspektoren Kon-
rad Helbach ist der Charakter als Postsekretär verliehen
worden.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
Da über die Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntags-
ruhe im Handelsgewerbe noch vielfach Unklarheit besteht,
insbesondere die irrthümliche Ansicht vertreten wird, daß die
Bestimmungen auf Geschäftsinhaber, die den Verkauf allein
betreffen, keine Anwendung finden, geben wir auf Wunsch
nachstehend den § 4a der Gewerbeordnung wieder: „Somit
nach den Bestimmungen der §§ 105b1 bis 105b, Ge-
werbe, Beschäftigte und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn-
und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen
Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht
betrieben werden. Diese Bestimmung findet auf den Geschäfts-
betrieb von Konsum- und anderen Vereinen entsprechende
Anwendung.“

Theater im „Stern“. Die Direktion Richter
bringt Mittwoch abend im „Stern“ das Sardou'sche Lustspiel
„L'opéra“ zur Aufführung. Ueber eine Hergabe des
Stückes durch das Richter'sche Ensemble in Grimma urtheil-
ten die hiesigen „Nachrichten“: „Das treffliche Lustspiel, eine
gelehrte Verhöhnung der Oberwelt, ist hier schon einige
Male aufgeführt worden, niemals aber besser und wirkungs-
voller als gestern. Stich und Spiel nahmen von Anfang an
an das Sublime gleichermäßen gefangen. Die Hauptrolle
des Stückes gab Fräulein Marga Richter wieder beste Gelegen-
heit, ihr weit entwickeltes schauspielerisches Können ins Licht
zu rücken. Sie zog das ganze Regie der Komödie auf
sich zum Bedauern einer jungen Frau gehören. In
Herrn Kurt Richter hatte sie einen ebenbürtigen Partner. —
Ein Besuch der Vorführung ist daher zu empfehlen.“

Operette abend. Man scheidet und: Donner-
stag, den 3. April, findet im Hotel Döbner das hiesige
Berliner Operettenorchester statt. Die Direktion Franz und
Schelhorn kaufte die populäre Schlageroperette „Drei alte
Schacheln“ für Riesa an. Rollo, der Komponist des im
Hedermühl'schen Spieltheater, ist durch seine Schlager
bekannt. Der „Hamburger Correspondent“ spricht
sich über die Musik und die Handlung der Operette sehr gün-
stig aus. Es heißt da: Eine bis zum Schluß interessante,
folgerichtig durchgeführte Handlung, die eigene Erfindung
sagt, gibt dem Komponisten eine willkommene Unterlage für
ein erfolgreiches Schaffen. Walter Kollas' Musik weist eine
Fülle von Melodien auf, vereinigt aber damit ein feineres
künstlerisches Empfinden als in Kollas' Anfängen. — Wir
verweisen an dieser Stelle auf die Inserate und Plakate.
Man wird auf ihn, sich bei Zeiten einen Platz zu sichern.

Konzert. Am 9. April findet im Hotel „Stern“
unter Leitung des Herrn Musikmeisters Hans ein Philhar-
monisches Konzert statt. Als solistische Kräfte haben ihre
Mitwirkung angesetzt Fräulein Charlotte Art (Solo-Cello) und
Herrn Konstantin Klauer (Orgel). Fräulein Art, welche
die Variationen von Tschalkowsky mit Orchesterbegleitung
spielen wird, wirkte bisher am Landes-Theater in Dessau.
Sie ist eine Schülerin Prof. Wülfers, Dresden, und zwei Mal
mit dem Mendelssohnpreis in Berlin ausgezeichnet. Das
Orchester wird eine Stärke von ca. 40 Musikern aufweisen.
(Tabelle auch Anzeigenteil.)

Der neue Präsident der Generaldirek-
tion der Sächsischen Staatseisenbahnen. Amtlich
wird nunmehr bekannt, daß dem Präsidenten der Ge-
neraldirektion der Staatseisenbahnen Dr.-Ing. h. c. et
Dr. phil. Ulrich die nachgelagerte Bestimmung in den Ruhe-
stand bewilligt worden ist. In seinem Nachfolger wurde,
wie schon gemeldet, der bisherige Vizepräsident der Ge-
neraldirektion der Staatseisenbahnen Dr. jur. Curt Weg-
tig ernannt.

Senatorial-Wahl. Bei der gestern mittag im
Ausschuß an die Disziplin-Vereinigung im Sachsenhof
in Großenhain erfolgten Neuwahl eines stellvertretenden Ab-
geordneten für die bevorstehende 10. ab-l. Wahl, Vorschlags-
liste für den 13. Senatorial-Wahlbezirk (Ephorie Großenhain)
wurde mit 11 Stimmen Herr Max Jäger, Städtischer
Rath, gewählt. Der bisherige stellvertretende Abgeordnete, Herr
Oberstarke Dr. Meum-Tsch. a. hat fernerhin den Bezirk Ohsch
zu vertreten. Stellvertretender Abgeordneter für den Bezirk
Ephorie Großenhain bleibt Herr Landgerichtsrath Dr. Jand
in Chemnitz, früher in Riesa. Kommissar der gestern
stattegetretenen Wahl im 13. Senatorial-Wahlbezirk war Herr
Geheimer Regierungsrath Amtmann Dr. Uhlmann.

Standortbereiche. Wie das „Sächs. Mi-
litärverordnungsblatt“ vom 1. März mitteilt, wird zur
Hebung von Dienstleistungen bestimmt, daß auch fernerhin für
jeden einzelnen Standort ein Standortbereich durch das
betreffende Garnisonkommando festzulegen ist. Militär-
personen dürfen den für ihren Standort festgelegten Standort-
bereich außerhalb nur mit Urlaub überschreiten und müssen
sich hierbei durch Urlaubsschein ausweisen.

Die Brotfrage mit Kunkelmehl.
Wie in der Woche bereits mitgeteilt worden ist, wird in
Sachsen vom 1. April ab, 3. ab das Brot zu 5 v. S.
mit Kunkelmehl gebackt werden. Bei der Unklarheit
unserer Ernährungslage, die sich in einem Ausmaß
wie Sachsen besonders fühlbar macht, erschien es dringend
notwendig, für die schwierigen Frühjahrs- und Sommer-
monate Maßnahmen anzuordnen, ein zu schaffen, die vor-
 allem beim Knäupfen der Kartoffeln als Ersatz
verwendet werden können. Die Brotfrage mit Kunkelmehl
ist auf die Dauer von zwei Monaten beschränkt und ermd-
licht die Einbringung von etwa 7000 Tonnen Getreide-
mehl, die später der Reduktion zugutekommen. Ueber
die Verwendung des Kunkelmehl zur Brot-
backung sind schon seit langem eingehende Untersuchungen
angestellt worden. Alle gehörten Sachverständigen, dar-
 unter das sächsische Landesgesundheitsamt, sind sich dar-
 über einig, daß dieses Getreidemehl in gesundheit-
licher Beziehung völlig einwandfrei ist. Die zahlreichen
in Groß- und Kleinbetrieben vorgenommenen Versuche
haben ergeben, daß das damit hergestellte Brot in Aus-
sehen, Geschmack und Bekömmlichkeit dem üblichen Kriegs-
brot gleichkommt. Eine Verfeinerung der Brotver-
fertigung ist daher mit einer fünfprozentigen Streckung mit
Kunkelmehl nicht verbunden.

Die Säuglingsfürsorge in Sachsen.
Auf Grund des Wohlfahrtsgesetzes sind in Sachsen zur
Hebung der Volkskraft Maßnahmen gegen die Sterblich-
keit der Säuglinge und der Kleinkinder getroffen worden.
In diesem Zwecke sind drei Säuglingspflegerinnen-Schulen
eröffnet worden, und zwar eine am Wälder- und Säug-
lingsheim der staatlichen Frauenklinik in Chemnitz, die
zweite beim Säuglingsheim der Stadt Dresden und die
dritte beim Säuglingsheim Leipzig in Verbindung mit
dem Säuglingsheim Leipzig-Konowitz. An der staatlichen
Säuglingspflegerinnen-Schule in Chemnitz sind nun am
17. und 18. März die ersten Vorlesungen vorgenommen wor-
den. Die zur Vorlesung eingeladenen 16 Schwestern, von
denen 14 aus dem staatlichen Säuglingsheim Rindorf
kommen, haben das Examen sämtlich bestanden. An die
Prüfung schließt sich nun ein weiterer Lehrgang an über

Wälder, die allgemeine Volkserziehung betreffen: Wä-
terlehrgang, Säuglings- und Kleinkinder-erziehung, Inter-
disziplinäre, Erziehungslehre, Medizinische Versorgung von Mut-
ter und Kind, Unterweisung im schriftlichen Verkehr und
angeordnete Schreiblehre. Außerdem sollen Kräftelehre
bestätigt werden. Dieser Lehrgang beginnt am 1. April
und dauert ein halbes Jahr. Nach Vollendung der Aus-
bildung werden die Teilnehmer den sächsischen Gemeinden
zur Verwendung in den einzelnen Bezirken zur Verfügung
gestellt.

**Die Jagd auf den ehemaligen Hof-
saatbeamten.** In letzter Zeit sind wiederholt ir-
reführende Mitteilungen über die auftragsgewisse Bewirtung
der Jagd auf den ehemaligen Hofsaatbeamten der Dresdener
Heide, der sächsischen Schweiz, des Tharandter und Grün-
felder Waldes sowie der übrigen Teile des sächsischen
Forstbestandes verbreitet worden. Um gegen diese irrefüh-
renden und aus schließlich falschen Angaben Vorbeugungen
vorzunehmen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die
Jagd auf diesen Weidern weder an einzelne Privatsachen
noch an Jagdsocietäten verpachtet worden soll. Sie ist seit
dem 1. Januar dieses Jahres in die Verwaltung des
Staates übergegangen und wird für Rechnung der Staats-
forstverwaltung ausgeübt. Daraus ist zu entnehmen, daß die
Jagd nicht verpachtet ist.

**Zur Verteilung der ersten Auslands-
lebensmittel.** Die Mitteilungen aus dem Reichs-
nahrungsmittelministerium lauten: Die in Rotterdam lagernden
und für die Einfuhr nach Deutschland bestimmten Lebens-
mittelungen werden binnen kurzem eintreffen und zur Ver-
teilung gelangen. Eine Verteilung aller Kreise läßt sich mit
den ersten Lieferungen, die nur einen Bruchteil der zu er-
wartenden Zufuhren darstellen, natürlich nicht ermöglichen.
Es wird daher an erster Stelle die unter der Nahrungsmittel-
verwaltung schon seit längerer Zeit besonders leidende Bevöl-
kerung der Industriegebiete und der großen Städte mit Son-
derunterschieden bedacht werden.

Dresden. In der letzten Stadtvorordneten-
sitzung wurde auf Antrag des Bürgermeisters Dr. Siebist der
Wiederaufbau einer Ullentafelne zu Wohnzwecken mit
einem Aufwande von 40000 Mark, ferner die Ein-
führung der Eintragskarte und der Wegfall des Schulgeldes,
sowie eine Reform der Handelsschule beschlossen. Für
den Wiederaufbau einer Gasanstalt und die Demobilisierung-
saufgaben wird eine Anleihe von 1 Million aufgenommen.

Dresden. Die Firma H. A. Stolberg, Piano-
und Harmonium-Fabrik, Dresden, Johann-Georgen-Allee 13,
begibt am heutigen 1. April den Tag ihres 25jährigen Be-
stehens. Innerhalb dieser Zeit sind von ihr Tausende und
Hunderttausende von Klavieren, Pianinos und Harmoniums an
Künstler- und Privatkreise geliefert worden.

Wien. Gestern da lierten zwei Röhre aus Böh-
men mit je 800 Tonnen böhmischer Braunkohle die Stadt
abwärts.

Wien. Die Nahrungsmittelversorgung der Stadt
ist bekanntlich so trübsal, daß der Rat sich erneut zu Ein-
gaben an das Reichsministerium und das
Landesministerium gewandt hat, um größere Zu-
führungen von Lebensmitteln für die Stadt zu erreichen. Der
Rat legt in der Eingabe dar, daß die Verhältnisse augenbl-
cklich so liegen, daß eine Fortdauer der unzureichenden Ernäh-
rung der Wiener Bevölkerung bereits in absehbarer
Zeit zu einem völligen Stillstand und gesundheitlichen Zu-
sammenbruch führen würde und daß diese Gefahr um so
näher gerückt ist, als die Einwohnerzahl seit Beginn des Krieges
deutlich gewachsen ist. Der Rat ersucht, die Nahrungsmittel-
versorgung der Stadt während der ganzen Zeit des Krieges
wie keine andere gesichert zu werden. Für die nächste Hilfe
dieser Gefahr nach abzuwenden. — In dem Wienworte bei
Wien ist die seit vier Tagen vermisste vierzehnjährige Jo-
hanna Reich aus Böhmen ermordet aufgefunden worden.
Offenbar ist an dem Mädchen ein Verbrechen verübt worden.
Die Leiche wurde vollständig nackt aufgefunden und der Ver-
brecher wies einen tödlichen Stich in den Hals und mehrere
andere Stichwunden auf.

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Zunächst steht zur Beratung der Antrag beider sozia-
ldemokratischer Fraktionen auf Erklärung des 1. Mai und
des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen.

Abg. Krause-Dresden (Unabh.) begründet den Antrag
seiner Parteifreunde. Er beschneidet den 1. Mai als inter-
nationalen Feiertag, als ein Verbrüderungsfest der ge-
samten Menschheit, als einen Tag des Gedenkens, nicht eher
zu ruhen und zu trauern, bis die heute noch herrschende Gesell-
schaftsform zertrümmert am Boden liegt. Weiter habe die
Sozialdemokratie den lebhaftesten Wunsch, auch die Erinnerung
an den 9. November festzuhalten. Präsident Bräudorf ver-
weist den Antrag des Abgeordneten Sandermann und Wen-
nag, wonach die Regierung erwidert werden soll, bei der Reichs-
regierung dahin zu wirken, daß der 1. Mai und der 9. No-
vember als gesetzliche Feiertage im ganzen Reich festgelegt
werden. **Abg. Kühn (Soz.)** geht auf die Geschichte des 1. Mai-
feiertages ein. Wirtschaftliche Eindrücke seien durch die
Annahme des Antrages nicht zu befürchten; wohl aber
könne der wirtschaftliche Frieden gefährdet werden, wenn der
1. Mai nicht gefeiert werde. Auch der 9. November solle als
Feiertag in der Geschichte des deutschen Volkes beachtet
werden. (Beifall links.) **Abg. Hartmann (Demokrat.)** Wir
Demokraten lehnen beide Anträge ab. **Abg. Wagner (Deut-
sch.)** Auch er lehnt den Antrag im Namen seiner Partei-
freunde ab. Präsident Bräudorf teilt mit, daß ein ge-
nügung unterthätiger Antrag eingeleitet sei, die Angelegen-
heit in sofortiger Schlussberatung unter Abhandlung von
Berichterstattung und Gegenberichterstattung zu erledigen.
Abg. Dr. Koller (D. Sp.) Äußerliche Gründe sprechen gegen
den Antrag. Aber das ist nicht das Entscheidende. Man müsse
sich grundsätzlich über die innere Berechtigung der Forderung
klar werden. Diese fehle vollkommen. **Abg. Krause-Dre-
sen (Soz.)** wendet sich im Schlusswort gegen die Ausführun-
gen des bürgerlichen Redners. Nach einem weiteren Schluss-
wort des Abgeordneten Müller-Weitz (Unabh.) wird
der Antrag der beiden sozialdemokratischen Frak-
tionen mit dem Zusatzantrag Sandermann gegen die
Stimmen aller Bürgerlichen angenommen.

Abg. Dietel (Dem.) berichtet über den Antrag seiner
Partei auf Erhöhung des Quartiergeldes. Es sei nicht mög-
lich, gegen eine Vergütung von 15 % für den Tag den Vor-
berungen des Quartierleistungsgeldes nachzukommen. Auch
selen die Auszahlungen der Quartiergelder häufig stark
verzögert worden. Der Redner ersucht um baldige Abstellung
einer Reihe von Mängeln, die mit der mangelhaften
Disziplin unserer Freiwilligenverbände zusammenhängen.
Es scheint, als ob die Grenztruppen direkt am Schmutz-
gelde beteiligt hätten. Man bestreite sogar einen demokrati-
sierenden Einfluß auf die bürgerliche Grenzbevölkerung. Das
Gesetz der Siderheit und des Vertrauens zum Grenzschutz
sei hart geschwunden, weil die Grenztruppen ihre mili-
tärlichen und politischen Pflichten nicht ernst nehmen.

Minister für Militärwesen Antwort: Die Verfügungen
des Abgeordneten Dr. Dietel sind berechtigt. Einen Teil der
Antragssätze habe ich abgelehnt, bei einem anderen
Teil ist leider noch keine Befreiung erteilt worden. Es ist
unendlich schwer, jeht mit einem mal wieder Ordnung und
Disziplin herzustellen. Die Regierung hält die Grenztruppe
für völlig ungenügend. Ein Antr. auf Erhöhung ist leider
von den zuständigen Reichsbehörden abgelehnt worden.

An der sich anschließenden kurzen Aussprache beteiligten
sich die Abgeordneten Zimmer (Soz.), Wälder (D. Sp.) und
Dr. Wagner (Deutsh. Vol.).

Der Antrag Dr. Dietel wird in sofortiger Schluss-
beratung angenommen.
Nächste Sitzung Dienstag mittags 1 Uhr: Anträge be-
züglich des Reichshandels. Schluss 10 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

**Zur Erzielung der Frage der Sozialisierung der
Bayerischen Presse** trat am 1. April das Zentral-
wirtschaftsamtes am Sonntag Vertreter des Zeitungswesens und
Schriftwesens sowie der kaufmännischen und technischen Ange-
hörten des Zeitungsgewerbes im Ministerium für Handel
und Gewerbe in München zusammen, wobei der Leiter des
neuen Zentralwirtschaftsamtes Dr. Neuraß die Notwendig-
keit der Sozialisierung der bayerischen Presse darlegte. Es
soll zunächst den Presseorganisationen überlassen werden, mit
einem Reformvorschlages hervortreten.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz. Die vor-
gehenden vollzogenen Wahlen zum ersten ordentlichen Landtag
des Freistaates Mecklenburg-Strelitz haben eine sozialdemo-
kratische Mehrheit von einer Stimme ergeben, nämlich 18
von 35 Abgeordneten. Die Wahlen zum verfassunggebenden
Landtag hatten Stimmengleichheit ergeben, und zwar
21 zu 21. Die sozialistische Mehrheit kommt vorzugsweise
aus den Rittergütern, während die neuen Städte des Landes
zusammen überwiegend bürgerlich gewählt haben. Der Wahl-
kampf war diesmal durch ein Bündnis aller liberalen Rich-
tungen mit den Konservativen gekennzeichnet.

Freiherr Oskar von Zöllnig und Weislich, der bekannte
freikonservative Parlamentarier, ist nach einer Einladung der
Post gestern früh in seiner Wohnung im Alter von 78 Jahren
gestorben.

Freiwillige Schutzwehren. Der Verkauf des preußi-
schen Minister des Innern vom 18. März über die Bildung
von Einwohnerwehren waren seitlich informativ die vom
Schutzverbände deutscher Landwirte ausgearbeiteten An-
träge zur Aufstellung eines Landwehres als Anlage be-
legt worden. Dies hat zu dem Ministerialbescheid geführt, als
ob diese Anlage eine amtliche Verfügung des Ministeriums
wäre. Der Minister des Innern hat für die sich von
Tag zu Tag mehr als notwendig herausstellende Bildung
von freiwilligen Schutzwehren gegen die zunehmende Un-
sicherheit in Stadt und Land, gegen das Anwachsen des
Verbrechertums und namentlich gegen die neuerdings mehr-
fach vorgekommenen Überfälle von Weibern durch ganze
bewaffnete Bänder eine neue Anweisung erlassen, die
den Behörden binnen kurzem zugehen wird.

Die Verwendung des Berliner Schlosses. Das „Berl.
Tagebl.“ berichtet, daß die Verhandlungen über die Ver-
wendung des Berliner Schlosses nahezu abgeschlossen sind.
Das Privateigentum des früheren Kaisers wurde, soweit noch
vorhanden, in Sicherheit gebracht da es zu seiner Verfügung
bleibt. Das Schloss wird der öffentlichen Beschäftigung frei-
gegeben. Die Räume, die künstlerischen oder geschichtlichen
Wert besitzen, sollen unangetastet bleiben. Dagegen sollen
die sogenannten schmuddeligen Räume ausgebaut werden, u. a.
sollen Räume der Berliner Universität für Lehr- und Hö-
räle zur Verfügung gestellt werden. In anderen unbewohnten
Räumen sollen die Einrichtungsgegenstände von Kunsthand-
werkern gekauft werden.

Das Siedelungsamt in Preußen. Bei der Beratung des
Haushaltsauschusses der Nationalversammlung über die
Siedelungsverordnung vom 20. Januar stellte Geheimrat
Krause auf Anfrage mit, daß in Preußen Siedelungen für
etwa 50000 gewerbliche und industrielle Arbeiter in Frage
kämen. Geheimrat Sering erklärte, der Bauernschaft, im
Osten solle ungefähr die Hälfte wieder zurückgegeben wer-
den, die im Laufe der Jahrhunderte erworben wurde.

Das Schicksal der Reichswerke. Reichsminister
Krause teilte mit, es sei keine feste Absicht, den Arbeiterbe-
stand der Kaiser Reichswerke nicht unter den Friedensstand
zu lassen. Die neuesten Abschlüsse gewählten Arbeitstätig-
keit für 18000 Arbeiter auf 18 Monate.

Reichsarbeitsvertrag für das Hochbauwesen. Im Reichs-
arbeitsministerium haben unter Leitung des Regierungsrates
Dr. Ehler mehrere Verhandlungen über den Ab-
schluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages für das Hochbau-
gewerbe stattgefunden. Sie haben nunmehr zu einer vollen
Verständigung geführt, deren endgültige Annahme den Ver-
bänden vorbehalten wird. Die erteilten Verhandlungen über
die zur Durchführung des Reichsarbeitsvertrages erforder-
lichen Arbeits- und Lohnsätze sollen sofort beginnen und
noch im Monat April zu Ende geführt werden. Die seit
längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über die tarif-
vertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen im Tiefbau-
gewerbe werden am 15. April gleichfalls im Reichsarbeits-
ministerium fortgesetzt werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 1. April 1919.

Wahlungen der Berliner Morgenblätter.
Y Berlin. In dem Streit im Ruhrgebiet
schreibt der „Vorwärts“: Nachdem die von den Un-
abhängigen und den Sozialisten unter-nommenen Wäh-
leren zur Herbeiführung gewalttätiger Kämpfe und Ge-
neralfreilich sich als verheerend erwiesen hatten, haben sie
nunmehr mit allen Mitteln darauf hingewirkt, die Ar-
beiter fortgesetzt zu immer unerfüllbaren Forderungen
aufzusetzen, bis bei den unangenehmsten Elementen wil-
ligen Anhang finden. Schlußwortweise befindet sich jetzt
der dritte Teil der Belegschaften wieder in dem Aus-
stand. Ein Gesamtüberblick ist unmöglich, weil die Gr-
uben heute streiken und morgen wieder anfangen. Unab-
hängige und Sozialisten arbeiten in der gleichen Betre-
gung eng zusammen.

Dem Pariser Vertreter der „Stambo“ zufolge, er-
klärte Lloyd George in seinem Artikel, man dürfe Deutsch-
land nur unbedingte gerechte Bedingungen über-
lassen, die es weder ablehnen, noch deren Unterzeichnung
es verweigern könne, ohne alle wohlmeinenden Leute des
Erdballes zu empören. Hinsichtlich Polens sagte Lloyd
George, die Lösung dieser Frage erheische ganz besondere
Rücksicht. Die Neugerungen Lloyd Georges dürften, wie
berichtet wird, in der Pariser Presse nicht veröffentlicht
werden.

Wie dem „Koslanzeiger“ berichtet wird, teilt ein aus
Lud nach Opatowitz zurückgekehrter sächsischer Kaufmann mit,
daß dort ein blutiger Judenpogrom stattgefunden
hat. Viele Juden sind ausgeplündert, und die Geschäfts-
leute mißhandelt worden. Wie immer bei solchen Ge-
legenheiten, hat sich das reguläre polnische Heer besonders
darin hervorgetan.

Der Pelagerrückzug über Stuttgart verhängt.
X Stuttgart. Die Regierung hat heute früh wegen
dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit den Pe-
lagerungsstatus über Stuttgart und Umgebung verhängt.
Öffentliche Kasse aller Art, Theater usw. sind von
8 Uhr abends bis 9 Uhr früh zu schließen, der Straßen-
verkehr ist von 9 Uhr abends verboten. Außerordentliche
Kriegsgerichte werden eingesetzt. Wenn die Bevölkerung
den Anordnungen unbedingt Folge leistet, weist die Re-
gierung, in kürzester Frist den Pelagerrückzug wieder
aufheben zu können.

X Stuttgart. An dem Abwehrkampf zur Betä-
mung des Generalstreiks, der zugleich eine Vertrauens-
frage für die Regierung sein soll, beteiligen sich
Handwerk, Gewerbe, Kaufleute, Industrie, staatliche,
städtische und private Beamten, Ärzte, Arbeiter und son-
stige freie Berufe. Die hiesigen Zeitungen werden bis auf